

Bürgerinitiative gibt sich weiter kämpferisch

Rheintalbahn: Regierungspräsident Julian Würtenberger kann nicht schlichten

Von Ralf Deckert



Julian Würtenberger

ginnenden neuerlichen Anhörung in Buggingen-Seefeld/ Breisgau-Hochschwarzwald die »Spielregeln des Rechts« eingehalten werden, so ein Sprecher des Regierungspräsidiums. Die Anhörung müsse durchführbar sein und nicht wie zuletzt in Bad Krozingen verhindert werden. »Wer

Rechte einfordere und auf Rechte poche, darf sich nicht unrechtmäßiger Mittel bedienen.«

Auch der heutige Bahnerörterungstermin werde sicher wieder blockiert werden, kündigte Diehl indes an. »Meine Leute pfeifen mich aus, wenn ich sie zurückpfeifen will«, so Diehl. Neuen argumentativen Zündstoff liefert MUT dabei die Eisenbahnkatastrophe im italienischen Viareggio mit 22 Toten in der vergangenen Woche: »Wer nach Viareggio den Neubau von Güterzugtrassen durch dicht bebaute Wohngebiete plant, fordert und unterstützt, handelt in menschenverachtender Verantwortungslosigkeit.«

Auch zwischen Julian Würtenberger und Landrätin Do-

rothea Störr-Ritter gab es gestern nochmals ein klärendes Gespräch: Störr-Ritter hatte sich in der vergangenen Woche mit dem Bürgerprotest der MUT gegen die Ausbaupläne der Bahn solidarisiert. Er habe Verständnis für eine Solidaritätsadresse in Richtung MUT, aber als Chefin einer Behörde müsse sie sich auch für die ungehinderte Durchführbarkeit einer rechtmäßigen Versammlung einsetzen, ließ Würtenberger anschließend verlauten. Manfred Kocher, Sprecher des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald, unterstrich, dass Störr-Ritter sich lediglich für mehr Lärmschutz beim Bahnausbau ausgesprochen, die Blockade in Bad Krozingen jedoch nicht befürwortet habe.

Freiburg. Zwischen dem Regierungspräsidium Freiburg und der südbadischen Bürgerinitiative MUT bleibt die Stimmung in Sachen Bahnlärmdebatte angespannt. »Wir haben das Vertrauen in die Politik verloren«, sagte MUT-Vorsitzender Roland Diehl nach einem Treffen mit Regierungspräsident Julian Würtenberger (CDU). Beide hatten sich nach der Blockade eines Bahnerörterungstermins in der vergangenen Woche zu einem Gespräch getroffen, um »atmosphärische Störungen« auszuräumen.

Würtenberger habe Diehl klar gemacht, dass das Regierungspräsidium Freiburg erwarte, dass bei der heute be-